

BILDUNGSPOLITISCHE DEBATTE

SPD WILL AUSBAU ECHTER GANZTAGSSCHULEN

Den Ausbau von Ganztagschulen hat der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Christoph Degen** gefordert. „Echte Ganztagschulen sind in Hessen seit Jahren Mangelware. Das derzeitige Angebot deckt nicht annähernd die Nachfrage, sie ist im Grundschulbereich besonders



hoch. Um die Riesenlücke zwischen Elternwunsch und Wirklichkeit endlich zu verringern, fordert die SPD-Fraktion den bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen im Profil 3.“ Allen Schulen, die dies wollten, müsse es ermöglicht werden, sich zu rhythmisierten Ganztagschulen weiterzuentwickeln. „Aus den 3 Prozent der Schulen mit verbindlichem Ganztagsbe-



FOTO: CONTRASTWERKSTATT - FOTOLIA.COM

trieb können dann stufenweise 30 Prozent werden“, sagte Degen. „Hessen braucht einen konkreten Ausbauplan“, forderte Degen. „Die Vorteile liegen auf der Hand: Mehr Zeit und klare Orientierung für individuelle Förderung von Kindern, Lernzeiten statt Hausaufgaben, multiprofessionelle Teams, Öffnung der Schulen zum Umfeld

und pädagogische Konzepte, die den gesamten Schulalltag umfassen.“ Damit sinke das Risiko von Klassenwiederholungen und verringere sich problematisches Sozialverhalten. „Investitionen in Ganztagschulen lohnen sich, denn ganztags ist pädagogisch, sozialpolitisch und wirtschaftlich sinnvoll.“



FOTO: GERT-UWE MENDE

DORNRÖSCHEN UND DER PRINZ, DAS HESSENTAGSPAAR REBECCA ROSS UND ANDREAS RICHHARDT, FREUEN SICH MIT BÜRGERMEISTER MARKUS MANNSBARTH SOWIE BRIGITTE HOFMEYER, TIMON GREMMELS UND THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL AUF DEN HESSENTAG IN HOFGEISMAR.

MAN SIEHT SICH AUF DEM HESSENTAG

Vom 29. Mai bis 7. Juni findet der Hessestag in Hofgeismar statt. Die SPD-Landtagsfraktion freut sich auf viele Gäste an ihrem Stand in der Landesausstellung, wo man den SPD-Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel, die örtliche Abgeordnete Brigitte Hofmeyer und Timon Gremmels sowie viele andere Parlamentarier treffen kann. Politik live erleben lässt sich bei der öffentlichen Sitzung der SPD-Fraktion am Dienstag, 2. Juni, um 11.00 Uhr in der Festhalle der Altenhilfe Gesundbrunnen.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

KOMMUNEN MIT BUNDESMITTELN ENTLASTEN

Der sozialpolitische Sprecher **Gerhard Merz** hat die Landesregierung aufgefordert, in der Frage der Verwendung der finanziellen Bundesmittel für die Jahre 2015 und 2016 zur Entlastung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen endlich die Karten auf den Tisch zu legen. „Seit Monaten versteckt sich die Landesregierung hinter der wolkigen Formulierung, man wolle die Mittel im Interesse der Kommunen verwenden. Im Klartext kann das nur bedeuten, dass man sich weigern will, den berechtigten Forderungen der Kommunen nach vollständiger Durchleitung der auf Hessen entfallenden jeweils 37 Millionen Euro pro Jahr nachzukommen“.



FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT IN WIESBADEN

20 JAHRE RMV UND NVV

„Die Entwicklung der Verkehrsverbände ist eine Erfolgsgeschichte, die von der damaligen rot-grünen Landesregierung und dem sozialdemokratischen Verkehrsminister Lothar Klemm begonnen wurde.

Eine breite Landtagsmehrheit hat die Gründung der Verbände in Hessen damals unterstützt“, so der verkehrspolitische Sprecher **Uwe**



Frankenberger.

Der NVV müsse auch zukünftig in die Lage versetzt werden, seine bundesweit anerkannte Kompetenz im ländlichen Raum weiter zu entwickeln, während der RMV als anerkannter Verkehrsverbund im Ballungsraum seine Stärken weiter ausbauen müsse.

MEHR CHANCEN FÜR LANGZEITARBEITSLOSE

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Wolfgang Decker** hat bekräftigt, dass eine Konzentration der Mittel im Bereich der Langzeitarbeitslosen die Chancen der Arbeitssuchenden auch in Hessen verbessere. „Anders als es die hessische CDU aufgrund eines Berichts der Zeitung „Die Welt“ behauptet, gibt es in diesem Bereich keine Mittelkürzungen, sondern von neuen Programmen profitieren auch in Hessen Menschen, die bisher von der positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes abgekoppelt waren“, so der SPD-Abgeordnete. Decker wies darauf hin, dass unter Schwarz-Gelb die damalige Arbeitsministerin von der Leyen elf Milliarden Euro zu Lasten der Langzeitarbeitslosen gekürzt habe.



Darunter hätten sich auch Fördermaßnahmen befunden, die gute Wirkung gezeigt hätten.

DER MINDESTLOHN IST EIN ERFOLG

„In Hessen profitieren 133.000 Beschäftigte von der Einführung des Mindestlohns, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen steigt weiterhin an. Trotz aller Unkenrufe in Bezug auf die Einführung des Mindestlohns hat sich die Stimmung der hessischen Unternehmer in diesem Frühjahr weiterhin deutlich verbessert“, sagte **Wolfgang Decker.**

BESSERE BEZAHLUNG VON ERZIEHERINNEN

Die SPD fordert eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erziehenden in Hessen. „Die Fehlentwicklung, die bei der Umstellung des Tarifsystems vom BAT auf den TVöD eingetreten ist und die zu Einbußen und Verschlechterungen für die Beschäftigten geführt hat, muss dringend korrigiert werden. Nur so kommen wir zu einer angemessenen Vergütung für eine gesellschaftlich wichtige Arbeit. Sowohl das Personal in den Kitas als auch in den Jugendämtern und in den Beratungs- und Hilfeeinrichtungen der freien Träger arbeiten hochqualifiziert, aber stets am Rande ihrer Möglichkeiten, Ihre personelle Situation ist fast überall prekär“, sagte **Gerhard Merz.** Anerkennung und Wertschätzung müssten sich auch in der Verbesserung der Vergütung und der Arbeitsbedingungen ausdrücken.

FOTO: STEFAN BREUER

ANGEBOT AN BIO-PRODUKTEN DECKT NACHFRAGE NICHT

Den Ökoaktionsplan der Landesregierung hält die verbraucher-schutzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Angelika Löber**, angesichts der Herausfor-



derungen, denen sich der alternative Landbau zu stellen hat, für nicht ausreichend.

„Zwar sind nach einem leichten Rückgang der ökologischen Erzeugerbetriebe auf insgesamt 1.747 im Jahr 2014, in den ersten Wochen dieses Jahres 120 neue Betriebe hinzugekommen und auch die von Bio-Bauern bewirtschaftete Nutzfläche ist auf 88.000 Hektar gestiegen, jedoch trägt dies der Nachfrage nach Produkten noch nicht ausreichend Rechnung“, sagte die Abgeordnete Nach einer im Statistik-Portal „Statista“ veröffentlichten Studie



aus dem Jahr 2013 konsumiere die Hälfte aller Bundesbürger gelegentlich Bio-Produkte – Tendenz steigend.

Gleichzeitig wies Löber aber auch auf die aktuellen Herausforderungen und wirtschaftlichen Probleme der Öko-Landwirte hin, die sich aufgrund verstärkter Billigimporte

aus dem Ausland einem harten und teilweise unfairen Wettbewerb ausgesetzt sehen.

„Hier gilt es, rechtzeitig und spürbar einzugreifen“, sagte Angelika Löber. „Der Bedarf, der nicht aus heimischer Produktion gedeckt werden kann, wird

aus dem Ausland gedeckt, und leider auch nicht immer aus kontrollierbarem Anbau. Es gibt immer wieder Mitläufer, die sich an den Bio-Trend hängen, aber nicht den Anforderungen standhalten.“

Der Aktionsplan der Landesregierung müsse deshalb auf stabilere Füße gestellt werden.



FOTO: DAVIA MERBACH

BOUFFIER IGNORIERT SORGEN DER KLINIK-BESCHÄFTIGTEN

Scharfe Kritik an Ministerpräsident Bouffier hat der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Dr. Thomas Spies** wegen seines Verhaltens gegenüber den Beschäftigten des Uniklinikums Gießen und Marburg (UKGM) geübt. „Erneut ignoriert der Ministerpräsident die Sorgen und Nöte der Beschäftigten. Er hat allen Grund sich zu entschuldigen.“

Der Ministerpräsident hatte auf einen Brandbrief der Betriebsräte zur Personalsituation mit kopierten Zahlen von der Internetseite des Universitätsklinikums geantwortet. In der Landtagsdebatte ließ Bouffier dann ein lautstarkes Loblied auf die Privatisierung von Krankenhäusern erklingen. „Die Beschäftigten arbeiten an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Statt abgeschriebener Zahlen sollte Herr Bouffier den von ihm durch die UKGM-Privatisierung in Nöte gebrachten Beschäftigten den angemessenen Respekt zollen“, so der SPD-Abgeordnete.

Spies kritisierte zudem, dass der Ministerpräsident die Zahlen unkritisch übernommen habe. „Die Zahlen sind schöngerechnet. Das UKGM rechnet Stunden in Stellen um, die es gar nicht gibt. Herr Bouffier verweigert allerdings jede kritische Überprüfung.“

HOCHSCHULEN ALS TRÄGER VON INNOVATION

Die hessischen Hochschulen müssen aus Sicht von **Gernot Grumbach**, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, als Träger von Innovationen mobilisiert werden. Dem werde in der geplanten Novellierung des Hochschulgesetzes nicht ausreichend Rechnung getragen. Die minimale Neuregelung lasse viele weitere Fragen offen. So werde die Rolle der Lehre an



den Hochschulen nicht ausreichend berücksichtigt. Grumbach forderte als Konsequenz aus mehr Autonomie der Hochschulen auch mehr Demokratie. Diskussionsbedarf sehe er bei den unzureichenden Regelungen zur Befristung von Arbeitsverträgen. Das Promotionsrecht der Fachhochschulen müsse strukturelle so ausgestaltet werden, dass es anschließend keine Promotionen „erster und zweiter Ordnung“ gebe, forderte der Abgeordnete.

VORBEUGUNG IST DER BESTE OPFERSCHUTZ

Die Verhinderung von Straftaten durch Vorbeugung ist aus Sicht der rechtspolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Heike Hofmann**,



HEIKE HOFMANN: PRÄVENTION RECHNET SICH

Foto: Davia Merbach

der beste Opfer-

schutz. „Kriminalprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die unser aller Anstrengung bedarf. Prävention rechnet sich“, sagte Hofmann in ihrer Erwiderung auf eine Regierungserklärung von Justizministerin Eve Kühne-Hörmann.

Der wirtschaftliche Schaden durch Kriminalität beziffere sich in Deutschland jedes Jahr auf mindestens sechs Milliarden Euro. „Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger hat in den letzten Jahren nicht zugenommen, sondern abgenommen“, betonte die Abgeordnete.

„Viele kriminalpolizeiliche Herausforderungen, wie Internetkriminalität, Staatsschutzdelikte, Gewaltphänomene etc. haben die

Situation werden weiter verschärft. Durch die Sparpolitik auf dem Rücken der Beamten, sind viele Polizeibeamte völlig überlastet und leider oft auch frust-

riert, obwohl sie angesichts dieser Rahmenbedingungen eine sehr gute Arbeit leisten.“

Dringenden Handlungsbedarf, um die Vorbeugung von Straftaten zu verbessern, sieht Heike Hofmann bei der Betreuung von Straftätern mit islamistischem Hintergrund sowie bei der Bekämpfung von Kinderpornografie und von häuslicher Gewalt. Daneben müsse insbesondere der Opferschutz verbessert werden.

ZUNEHMENDE GEWALT GEGEN POLIZISTEN UND RETTUNGSKRÄFTE

Die zunehmende Gewalt gegen Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte hat der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, **Günter Rudolph**, kritisiert. „Täglich leisten sie harte und beschwerliche Arbeit, teilweise unter hohem Risiko für Leib und Leben. Leider finden auch täglich Angriffe auf diese Menschen statt. Die Hemmschwelle sinkt, sehr oft spielen Alkohol und Drogenmissbrauch eine Rolle. Alltägliche Beleidigungen oder auch andere Respektlosigkeiten gegenüber den Einsatzkräften werden schon



gar nicht mehr erfasst. Gewaltausbrüche gegen Einsatzkräfte mit über 150 verletzten Beamten wie bei den Blockupy-Protesten hinterlassen Fassungslosigkeit“, sagte Rudolph. Solche Taten dürften für den oder die Täter nicht folgenlos bleiben. Die SPD-Fraktion habe gemeinsam mit den Gewerkschaften seit Jahren gefordert, einen passenden Straftatbestand aufzunehmen. „Die hessische Initiative war überfällig. Ob der Vorschlag dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht, wird in der anstehenden Debatte zu prüfen sein.“



TRINKWASSER NICHT GEFÄHRDEN

Ein grundsätzliches Verbot des unkonventionellen Frackings in Deutschland hat der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Timon Gremmels** gefordert. „Mit dem Gesetzentwurf der Großen Koalition zu Fracking, werden dieser Technologie endlich Grenzen gesetzt.“ Nach geltendem Recht sei Fracking zur Erdgasgewinnung nämlich noch grundsätzlich erlaubt. Allerdings müsse der Gesetzentwurf noch nachgebessert werden. „Für uns ist klar, dass der Schutz des Trinkwassers absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen genießen muss.“

Impressum
 SPD-Fraktion im
 Hessischen Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden
 Redaktion:
 Gert-Uwe Mende
 (verantwortlich)
 Martina Häusl-David
 Katja Apelt
 Gerfried Zluga
 Davia Merbach